

HK Kleine Demokratien
Dozent: Dr. Nils Bandelow
Protokoll vom 02.06.2004
Indra Berghahn
BA Sozialwissenschaften 4. Sem.
Matr.Nr. 1544976

Die Säulenstruktur in den Niederlanden

Die niederländische Gesellschaft hat einen vertikalen Aufbau.

Die Gesellschaftsordnung, die wir heute als versäultes System bezeichnen, ist maßgeblich durch die gesellschaftspolitischen Verhältnisse der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts beeinflusst worden. Der Fakt, dass die Liberalen 1848 die mächtigste Kraft in den Niederlanden waren führte dazu, dass sich die konfessionellen Gruppen unterdrückt bzw. vernachlässigt fühlten. Daraufhin setzte sich eine Emanzipationsbewegung in Gang, welche zu der Säulenbildung führte. Die Organisationen, welche ähnliche ideologische oder religiöse Einstellungen vertraten schlossen sich zusammen und bildeten Netzwerke, die sich bald auf alle Bereiche des öffentlichen Lebens ausdehnten. Es entstand eine katholische Säule, eine protestantische Säule, eine liberale Säule und eine sozialistische Säule.

Die drei Hauptstreitpunkte, die zur Ausdifferenzierung der unterschiedlichen Säulen führten, waren 1. die soziale Frage im Zuge der Industrialisierung, 2. der Streit um die Finanzierung konfessioneller Schulen und 3. die Frage um das allgemeine Wahlrecht.

Bis zum Jahre 1917 haben sich die konfessionellen Säulen von der liberalen abgeschottet. Ab 1917 ist zu erkennen, dass sich die katholischen und die protestantischen Gruppierungen eher gegen die Sozialisten abgrenzen.

Das wichtigste Repräsentativorgan der Säulen stellen die Parteien dar, welche ideologisch mit einer jeweiligen Säule verbunden sind. Dies sind die Partij van de Arbeid PvdA für die sozialistische Säule, die Katholieke Volkspartij KVP für die katholische Säule, die Christelijk-Historische Unie CHU und die Anti-revolutionaire Partij ARP für die protestantische Säule und die Vereniging voor Vrijheid en Democratie VVD für die liberal-konservative Säule.

Die politischen Eliten verlangten von den Bürgern eine enorm hohe Säulentreue, was die Zerklüftung der Gesellschaft verstärkte.

Es ergibt sich nun die Frage, wie sich bei so stark von einander abgegrenzten Gesellschaftsgruppen, zwischen denen kaum Kommunikation stattfindet, eine Konsensdemokratie entwickeln konnte, wie sie heute in den Niederlanden zu finden ist.

Nach dem Soziologen Lijphart ist dies möglich, weil die Eliten der einzelnen Säulen untereinander in Kontakt stehen und zusammen arbeiten um die Bedürfnisse der einzelnen Gesellschaftsgruppen zu koordinieren.

Lijphart benennt vier Voraussetzungen für die Herausbildung einer effizienten Konsenspolitik. Dies sind 1. eine kleine Anzahl von Säulen, 2. Säulen mit einer vergleichbaren Größe, 3. das Herrschen einer sozial-ökonomischen Gerechtigkeit und 4. das Fehlen von einer Mehrheit.

In den 1960er Jahren entwickelte sich das niederländische Gesellschaftssystem jedoch dahin, dass die vertikalen Trennlinien verwischten und die Säulentreue der Bürgern abnahm. Diese Entwicklung kann auf drei Hauptursachen zurückgeführt werden. Erstens ist die Entkonfessionalisierung immer weiter vorangetreten, zweitens hat eine Endideologisierung stattgefunden und drittens haben die Massenmedien die Kommunikation zwischen den einzelnen Säulen stark voran getrieben.

Korporatismus in den Niederlanden

Nach dem 2. Weltkrieg bestand allgemein der Wunsch, dass Arbeitgeber und Arbeitnehmer gleichermaßen an dem Wiederaufbau der niederländischen Wirtschaft beteiligt sind. Dadurch sollten ausgeglichene Arbeitsverhältnisse und ein gewisses Maß an sozialer Zufriedenheit geschaffen werden.

Im Jahre 1945 wurde die Stichting van de Arbeid (Stiftung der Arbeit SvdA) als privatrechtliches Organ gegründet. Sie ist für die Koordination von Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften zuständig. In den ersten Nachkriegsjahren spielte die Stiftung eine zentrale Rolle bei der Entwicklung der Regierungspolitik auf sozial-wirtschaftlicher Ebene. Sie wurde vom niederländischen Rat als offizielles Beratungsorgan anerkannt. Ihre Mitglieder sind sowohl Arbeitgeber als auch Arbeitnehmer.

1950 wurde zur Stärkung der Kooperation zwischen den beiden Sozialpartnern das Wirtschaftsverbandsgesetz verabschiedet, welches für die Wirtschaft eine Beratungs- und Verwaltungsfunktion vorschreibt. Dies soll durch den Sozialwirtschaftlichen Rat SER ermöglicht werden. Der SER ist das Spitzenorgan der öffentlich-rechtlichen Wirtschaftsorganisation pbo und gleichzeitig das neue Beratungsorgan der Regierung bei sozial-wirtschaftlichen Problemen. Mit der Gründung des SER verlor die Stiftung der Arbeit zwar ihre Hauptaufgabe, blieb aber weiterhin als Forum für Beratungen zwischen den beiden Sozialpartnern bestehen. Darüber hinaus bestärkt die Stiftung den Dialog zwischen der Regierung und den Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Die Unterschiede zwischen den beiden Organisationen bestehen zum ersten in der Tatsache, dass die Stiftung der Arbeit eine privatrechtliche Einrichtung ist und der SER ein öffentlich-rechtliches Organ darstellt. Zum zweiten sind in der Stiftung der Arbeit nur die Partei der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer vertreten. Der SER setzt sich aus Vertretern der Arbeitgeber, Vertretern der Arbeitnehmer und unabhängigen, von der Krone ernannten, Sachverständigen zusammen, die gemeinsame Konzepte entwickeln, um die Regierung bei wirtschaftspolitischen Fragen zu beraten. Darüber hinaus agiert die Stiftung der Arbeit eher auf der Ebene der verschiedenen Wirtschaftszweige und Unternehmen um einen Konsens zwischen ihnen zu erreichen. Der SER ist dagegen ein explizites Beratungsorgan der Regierung.

Bis 1995 war die Regierung sogar dazu verpflichtet bei jedem Gesetz, was sich mit sozialwirtschaftlichen Themen befasste, den SER um Rat fragen. Dies erhöhte seine Einflussmöglichkeiten auf die Wirtschaftspolitik enorm.

Des Weiteren wurden Markt- und Wirtschaftsverbände gegründet, in denen die Arbeitgeber und Arbeitnehmer relevante Wirtschaftsangelegenheiten regeln.

Der SER spiegelt in seinen Entscheidungen und Empfehlungen die vorherrschende Meinung der Bürger wieder. Der SER ist neben seiner Beratungsfunktion auch an der Ausführung verschiedener Gesetze beteiligt und soll zur wirtschaftlichen Entwicklung beitragen.

In den achtziger Jahren wurden nach dem Beschluss des Abkommens von Wassenaar die lohnpolitischen Befugnisse von der Regierung auf die Sozialpartner übertragen, was ein Indiz für die enorme Effizienz der Koordination zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern ist.

Literatur:

<http://www.ser.nl>

Einsichtsdatum: 02.06.2004

<http://www.stvda.nl/>

Einsichtsdatum: 02.06.2004